

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM, jährlich 12,00 RM. Die Ausgabe Nummer 10 ist 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der „Briefetal-Bote“...  
Werkzeuwaren, Holzwerkzeuge 5  
und von allen...  
annehmen. Die...  
lobet 25 Pfennig, die...  
1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,  
Hohen Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier,  
Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechender: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 5      Postfachkonto: Berlin 62 448      Sonntag, den 8. Januar 1928      Postfachkonto: Berlin 62 448      27. Jahrg

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

#### Sitzungsanladung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung hiermit zu einer Sitzung am Dienstag, den 10. Januar 1928, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses

hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die in der Sitzung nicht Anwesenden an die gefassten Beschlüsse gebunden sind.

#### Tagesordnung:

##### A. Öffentlich:

1. Beteiligung an der Kommunalanleihe.
2. Erwerb und Austausch von Straßenlandflächen.
3. Rechtsstreit mit der Siedlungs-Gesellschaft Niederbarnim betr. Vorrangräumung.
4. Genehmigung einer Beschlusse.
5. Stellungnahme zur Wohnungswirtschaft im Hinblick auf die Lockerungsordnung des Wohnungsministers. (Antrag Terjung und Münterfeldner).

##### B. Nicht öffentlich:

6. Veräußerung zweier Gemeindegüter.

Zur Reinigung der Bürgersteige und des halben Fahrdammes von Schmutz, Eis und Schneemassen und zur Streuung der Glätte sind die Eigentümer aller Grundstücke innerhalb der geschlossenen Ortschaft nach dem Gesetz vom 29. Januar 1925 verpflichtet. Bei der Nichtbefolgung dieser Vorschrift kann der Eigentümer empfindliche Einlagen und bei Unfällen auch Haftpflichtschäden seitens der verletzten Personen erwarten. Es liegt daher im eigenen Interesse jedes Verpflichteten die Reinigungsbestimmungen zu befolgen.

Birkenwerder, den 7. Januar 1928.  
Der Gemeindevorsteher. Stank.

### Was gibt es Neues?

- Reichspräsident v. Hindenburg gab am Freitag zu Ehren des in Berlin weilenden argentinischen Außenministers Dr. Gallardo einen Tee.
- Beim Staatsgerichtshof in Leipzig ist nunmehr von den Nationalsozialisten die Anfechtungslage gegen die Wahl in Medienburg-Schwerin eingereicht worden.
- Der Antrag auf Zulassung eines Volksentscheides über die Frage des Anschlusses des freistaatlichen Baden an Preußen ist jetzt an den Reichsinnenminister abgeandt worden.
- An der polnisch-litauischen Grenze hat eine große Schießerei zwischen Grenzwehnen stattgefunden.
- Die amerikanische Regierung hat offiziell die englische Regierung über den Inhalt der an Frankreich gerichteten Note betreffend die Umgestaltung des Krieges als Mittel der Politik informiert.
- General Candino hat in der Nähe der Grenze zwischen Maragua und Honduras eine Republik gegründet.
- Bei einem Wohnungsbrand in Berlin wurden drei Personen von der Feuerwehre aus höchster Lebensgefahr gerettet.
- In der Nordanglegenheit Berlin wurde durch die Staatsanwaltschaft in Breslau zum dritten Male die Voruntersuchung aufgenommen.
- In der Nähe der Landesheilanstalt in Marburg (Hahn) wurde die Leiche einer 50-jährigen Frau gefunden. Es liegt allem Anschein nach ein Suizid vor. Dem Täter ist man auf der Spur.
- Die Wabination Palmbeach hat Rossignale des belgischen Schulschiffes „Waverit“ angenommen, das bei der mittleren Gruppe der Bahama-Inseln gestrandet ist.

### Lügen haben kurze Beine.

Die sensationelle Meldung des „Journal of Commerce“, wonach das Washingtoner Staatsdepartement die Wälscht haben sollte, nach den französischen Wälscht eine Finanzkonferenz zur Regelung der Schulden- und Reparationsfragen einzuberufen, ist alsbald vom Staatsdepartement und vom Schatzamt demontiert worden. Das war zu erwarten, denn man konnte nicht annehmen, daß die amerikanische Regierung ihre Haltung in der so bedeutsamen Schulden- und Reparationsfrage so plötzlich geändert haben sollte, noch dazu so kurz vor Ablauf der gegenwärtigen Präsidentschaftsperiode.

Die mit solcher Bestimmtheit aufgestellte Behauptung beweist aber einwandfrei aufs neue, daß in Amerika starke Kräfte am Werke sind, um die gleichzeitige Regelung der Schulden- und Reparationsfrage zu erzwingen. Vielleicht will man diese Frage auch bei dem bevorstehenden Kampf um die Präsidentschaft in die Debatte werfen. In jedem Fall ist damit zu rechnen, daß nach dem Präsidentschaftswechsel die Bewegung in erhöhtem Maße einsetzt wird. Es geht offenbar zum Teil von den französisch eingestellten Kreisen aus. Auch in Paris verschließt man sich heute nicht mehr der Erkenntnis, daß einmal der Tag kommen muß, an dem die Gesamtsumme der deutschen Zahlungen auf ein erträgliches Maß festgesetzt wird. In dieser Voraussicht bemüht sich Frankreich schon jetzt, die Schulden- und die Reparationsfrage miteinander zu verknüpfen, so daß bei Reduzierung der deutschen Zah-

lungen auch automatisch die interalliierten Schulden an Amerika herabgesetzt werden. Bei Kellogg und Mellon hat Frankreich aber bisher keine Gegenliebe gefunden. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die beiden Fragen nichts miteinander zu tun haben, und die von einem Teil der amerikanischen Presse betriebene Stimmungsmache hat hierin nichts ändern können.

Dem Standpunkt der amerikanischen Regierung entspricht offenbar eine Erklärung, die einer der Verfasser des Dawesplanes der Associated Press gegenüber abgegeben hat. Dieser Sachverständige führte aus: Die Festlegung der deutschen Gesamtschuld ist im Dawesplan ausdrücklich vorgesehen. Der Plan sollte lediglich dazu dienen, Deutschland vor finanziellem Ruin und Chaos zu retten. Unter dem Dawesplan könnte Deutschland die Gesamtschuld nie zahlen, und der Plan hat das auch nie beabsichtigt, aber bis die Grundlage für eine Entlösung gefunden ist, muß der Plan weiter befolgt werden. Kein Vernünftiger glaubt, daß Deutschland die 33 Milliarden Dollars Gesamtschuld je aufräumen kann. Dieses Problem bedarf des Studiums zahlreicher internationaler Konferenzen und die Lösung bedarf der Genehmigung durch die Parlamente vieler Staaten. Wie Gilbert richtig ausgeführt hat, sind hierfür die alliierten Gläubiger allein zuständig; Amerika hat damit nichts zu tun. Deutschland hat ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Besatzungskosten in Höhe von 200 Millionen Dollar und leistet regelmäßige Ratenzahlungen auf dieses Konto unter dem Dawesplan. Die Initiative zu einer internationalen Lösung des Gesamtproblems zu ergreifen hat Amerika daher keine Veranlassung.

Die amerikanische Regierung steht also offenbar auf dem Standpunkt, daß Amerika warten kann. Die

anderen müssen ihm eines Tages doch kommen. Wenn man ein Geschäft machen will, so ist es immer vorteilhafter, zunächst die anderen ihre Angebote machen zu lassen. Man braucht dann nicht vorzeitig seine Karten aufzudecken und hat es jederzeit in der Hand, das Maß der Zugeständnisse zu bestimmen. Es wäre in der Tat Arbeit von Amerika, sich aus dieser günstigen Stellung herausmanövrieren zu lassen.

Wie aus Washington gemeldet wird, erfolgte das Dementi des Schatzsekrätters Mellon in sehr energischer Form. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und sagte: „Das ist ja Unsinn.“ Dann fügte er hinzu, er habe mit Parker Gilbert, als dieser sein Hausgast über Neujaer war, das bisherige Arbeiten des Dawesplanes sowie Deutschlands Anleihepositionen besprochen, aber die Frage einer Aufhebung internationaler Fonds die von Gilbert weder in seinem Jahresbericht, noch nachher erwoogen worden.

Die amerikanische Presse sollte nunmehr endlich damit aufhören, Sensationsmeldungen, die sich den Umständen geben, öffentlich zu sein, in die Welt zu setzen. Sonst wird schließlich auch noch Mellon — ebenso wie Coolidge — seinen Arm in der Binde tragen müssen, weil seine Faust auf die Dauer der Fischplatte ebenso wenig gewachsen ist wie die Hand Coolidges den Neujahrs-Händgedrucken.

### Die Kritik an Kelloggs Paktplan.

Die schwierige Definition des Angriffskrieges.

Der Paktvorschlag Kelloggs beschäftigt noch fortgesetzt die öffentliche Meinung Englands, Frankreichs und Amerikas. In Amerika geht die Ansicht der Öffentlichkeit überwiegend dahin, daß Kelloggs Plan den Nootvertrag mit Frankreich zu erneuern und Briand's Vorschlag mit der Modifikation anzunehmen, daß an die Stelle der Achtung des Krieges der Verzicht auf Krieg gesetzt und anderen Staaten der Abschluß gleichlautender Verträge nahegelegt wird, eine durchaus faire Lösung des Sicherheitsproblems darstellt, den Friedenswillen Amerikas darmit, mit den Aussagen des Völkervertrages nicht kollidiert und dabei doch rein interne Fragen sowie die Monroe Doktrin dem selbständigen souveränen Ermessen Amerikas vorbehält. Eine Gelegenheit zu erregter Diskussion ist daher hier nicht gegeben.

„New York Times“ meint, der Plan Kelloggs stelle den Nootvertrag und den Bryanvertrag weit in Schatten und komme der Antwort auf die Frage nahe, die die Staatsmänner in Genf beunruhigte, indem er moralische Sicherungen für ein gemeinsames Vorgehen gegen einen Angreifer gebe. Die Definition des Angriffskrieges möge Schwierigkeiten bieten; wo jedoch ein Wille vorhanden sei, den Angreifer festzustellen, werde auch ein Weg zu finden sein. Kelloggs Plan bekunde diesen Willen.

„Tribune“ hebt die praktischen Schwierigkeiten eines Antikriegsvertrages hervor, der das heutige Völkervertrag unterminieren werde, um mehr oder weniger politische Entscheidungen an seine Stelle zu setzen.

Von den Pariser Presseäußerungen sind noch besonders die Ausführungen Sauerweins im „Matin“ bemerkenswert. Sauerwein meint, daß der zweite Teil des Kelloggs Planes auf Unterzeichnung einer Erklärung zum Verzicht auf jeden Krieg zunächst seitens der Großmächte und dann seitens aller Staaten der Welt heikler sei als der erste.

Die Fassung des fraglichen Textes wird, so meint der Verfasser, die Art des Krieges, den die Staaten führen wollen, präzisieren müssen. Es kann sich nur um den Angriffskrieg handeln, so wie ihn die vom Völkervertrag angenommene Resolution im Auge hat. Möglicherweise wird bei den zu erwartenden Verhandlungen die Frage gestellt werden, wer den Angreifer zu bestimmen hat. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerika sich zum Zweck dieser Bestimmung an den Völkervertrag wenden wird. Hier ist also ein äußerst wichtiges Problem zu klären, denn sonst würde der geplante Pakt, so ausgezeichnet er auch der Idee nach ist, der Klarheit ermangeln und möglicherweise die seit mehreren Jahren in Genf geleistete Arbeit herabmindern.

Es ist ungemein bezeichnend, wie man sich immer wieder an den Begriff des „Angriffskrieges“ klammert. Wenn dem Bunde Amerikas entsprechend alle Mächte den Krieg in Acht und Bann tun wollten, so bedürfte es gar keiner Unterzeichnung zwischen Angriffskriegs- und Verteidigungskrieg. Denn wenn kein Staat mehr einen Angriffskrieg führen darf, so kommt auch keiner mehr in die Lage, einen Verteidigungskrieg zu führen. Wozu will man sich also etwas vorbehalten, was bei allseitiger strenger Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen gar nicht in Frage kommen kann?

Offenbar will man aber durch die Unterzeichnung zwischen Angriffskriegs- und Verteidigungskrieg jede praktische Lösung der Befremdung des Krieges unmöglich machen, weil die streitenden Parteien nie darüber einig sein werden, wer der Angreifer ist. Da es aber schließlich der eine von beiden sein muß, so ist diese Feststellung doch eigentlich auch ganz überflüssig, da ein Krieg in keinem Fall gestattet sein soll, ob nun dieser oder jener der Angreifer ist. Die Beschränkung des Verbots auf Angriffskriege soll eben nur die Möglichkeit künftiger Kriege offen halten. Man würde es dann genau so machen, wie man es im Weltkrieg gemacht hat, d. h. man würde sich erst die Kröpfe einschlagen und zum Schluß müßte der Besiegte erklären, daß er der Angreifer war. Dann ist der Gerechtigkeit Genüge geschehen, und der Besiegte muß doppelt bestraft werden, einmal weil er besiegt worden ist, und zum andern, weil er die Verpflichtung gebrochen hat, keinen Angriffskrieg zu führen.

### Öffnung der französischen Archive.

Die Dokumente über die Kriegsbefehle sollen veröffentlicht werden.

Agence Havas berichtet, daß der französische Ministerat den Vorschlag des Ministers des Äußeren auf Einsetzung eines Ausschusses zur Veröffentlichung der Dokumente betreffend die Kriegsbefehle gebilligt hat.

Der Ausschuß, dessen Mitgliederliste veröffentlicht wird, besteht aus 44 Persönlichkeiten, davon 24 Historiker und Fachleute (darunter Professor Ulard, der Direktor des Kriegsmuseums und der Kriegsbibliothek C. Bloch, der frühere Vorsitzende der Liga für Menschenrechte und ehemalige Abgeordnete Fernand Buisson, der Straßburger Universitätsprofessor Benelli; letzterer hat eine Analyse der veröffentlichten deutschen Dokumente verfaßt), sieben noch im Amte befindliche Diplomaten (darunter der Generalsekretär im Außenministerium Philipp Berthelot, der französische Delegierte bei der Vorkonferenz Jules Cambon, der juristische Sachverständige des Außenministeriums Fromageot, der Generalsekretär der Vorkonferenz Wassignol und Delacroy), sechs Diplomaten a. D. (darunter Barrere, Senator Bompart, Jusserand, Balcoonne), sowie sieben Mitglieder des Institut de

Nur noch wenige Tage — dann ist die günstigste Gelegenheit zur Beschaffung von Wäsche jeder Art für den Haushalt und für Ausstattungen vorbei.

Bitte denken Sie daran und nehmen Sie die Vorteile meines Inventur-Ausverkaufs wahr.



Berlin W 8, Leipziger Strasse 20-22